

Verantwortl. Redakteur: N. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: N. Gröbmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neffanten 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thiens. Greifswald G. Altes
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nothbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Der hannoversche Prozeß

Ist der Gegenstand der allgemeinen Erörterung in
der Presse. Der Eindruck, den das Auftreten der
Zeugen hinterlassen hat, ist überall der nämliche,
sobald das Urtheil über die Bedeutung dieser Vor-
gänge ein fast einmütiges ist, wenn dabei auch
Lebertreibungen mit unterlaufen. In dieser Be-
ziehung muß wiederholt werden, was wir schon
in unserer ersten Besprechung des Prozesses her-
vorgehoben haben, daß unzweifelhaft die große Mehr-
heit der deutschen Offiziere ein geordnetes, ein-
saches und sparsames Leben führt. Trotzdem sind
die Stätten, an denen es so oder ähnlich zugeht,
wie es durch die hannoverschen Zeugnisaussagen
konstatirt worden, zahlreich genug, daß an dem
Borgendensin schwerer Lebensstände nicht gezwe-
felt werden kann. Selbst in den Kreisen der
„Kreuzzeitung“ kann man sich diesem Eindruck nicht
entziehen. Neben einer Zukunft, in welcher ver-
sucht wird, möglichst mitwiderne Umständen geltend
zu machen und das nicht wegzuleugnende Maß
von fittlicher Schuld etwas einseitig auf das
Konto der Väterinnen und ihrer Wirtungen zu
verweisen, schreibt „ein alter Edelmann und Sol-
dat“ an das genannte Blatt:

Wir sehen aus dem Zeugenverhör: dieses un-
seligen Prozesses, daß der größte Theil der zum
jüngsten Spiel verführten Offiziere dem Adel
und der Kavallerie angehört, also der Waffe,
welche namentlich von den Söhnen des wohl-
habenderen adligen Adels, den Majoratsbesitzern
u. s. w. aufgeführt wird. Welchen Verlauf pflegt
aber oft die Erziehung dieser Söhne zu nehmen?
Im elterlichen Hause hat der Vater seine Freude
daran, wenn sein Sprößling schon früh Lust und
Anlage zum sogenannten vornehmen Sport zeigt.
Später wandert der Sohn auf eine Ritterakademie
oder ein anderes Minut, wo er im fortwährenden
Zusammensein mit vielen Schulgenossen häufig
zur Gemüths-, Großthuer- und Verschwendung
verführt wird. Durch solche Vorbildung zum so-
genannten schneidigen, vornehmen Cavalier heran-
gereift, tritt der junge Majoratsbesitzer in ein Regiment
ein, wo in Folge des verlangten hohen Zu-
schusses die Positionen und der Luxus in voller
Blüthe stehen. Welch Wunder, daß ein in dieser
Weise herangewachsener Offizier sich lieber dem
Luxus hingibt, Schulden macht und demnachst
das Erbe seiner Väter verberudet, als daß er
bestrebt ist, die ihm anvertrauten Güter pflöglich
zu erhalten und sich einen geordneten Vermögens-
stand zu schaffen. Die vortheilhafte Entäußerung
des Grundbesitzes durch den Adel mahnt wahrlich
zu ernstlicher Ueberlegung. Doch möchte man dem Adel
zurufen: Erziehet eure Söhne in beschäner an-
spruchsvoller Weise; haltet sie im elterlichen Hause
von jeglichem Sport fern, unterweist sie lieber in
den Tugenden eines wahren Edelmannes, als da
sind: Frömmigkeit, Tapferkeit, Ehrenhaftigkeit,
Bescheidenheit, Nützigkeit, Sparsamkeit u. s. w.
u. s. w. und gebt ihnen selbst ein gutes Bei-
spiel ungekünstelter Einfachheit, welche alle Zeit
der Schmach des Adels gewesen ist und auch heute
noch sein sollte. Laßt sie dann, wie andere
schlichte Erdenbewohner, das Gymnasium bis zur
Abmündertzeit durchmachen, wo sehr beim Be-
such der Universität oder beim Eintritt in die
Armee darauf, daß sie in Verhältnissen kommen,
in welchen ihnen der einfache, fromme Sinn des
Eldernhauses nicht verloren geht. Bei solcher
Erziehung braucht keineswegs die Lust für das
elternthümliche Spiel der schneidigen Reiterei
erstickt zu werden; dieser Sport wird vielmehr nur
in geordneter Weise gefördert und belebend auf den
jungen Edelmann und Offizier einwirken, wenn
derselbe in den richtigen Grenzen bleibt, frei von
den leider so oft damit verbundenen Schwelgereien
und anderen Ausschweifungen. Sicherlich werdet
ihr durch solche Erziehung mehr als bisher bei
euren Söhnen den Ernst und die Pflichten für
den Beruf wecken und dieselben mit der ritter-
lichen Haltung ausstatten, welche d. n. vielen gütigen,
Helden der verwichenen hohen Welt zu wiede-
rholen im Stande ist.

scheidet. In einer Begründung des Beschlusses,
der im „Vorwärts“ veröffentlicht wird, heißt es:
„Die Vertheidigung der Mutterprache, zu
der das polnische Proletariat sich anzieht, unter-
scheidet sich grundsätzlich von der nationalen Pol-
itik der polnischen Schlachzigen. Denen schwebte
als Hintergedanke stets die territoriale Loslösung
der ehemals polnischen Landestheile von Preußen
und die Herstellung eines Schlachzigenstaates vor.
Das polnische Proletariat nimmt die Abgrenzung
des deutschen Reichs als eine geschichtlich ge-
gebene Thatsache hin, und will nur innerhalb des
Staates und Reichs die volle Gleichberechtigung
mit den Deutschen.“

Und nicht minder bemerkenswerth ist, daß
die „Germania“, die natürlich voller Besorgnis
auf die hier ihr und ihren Freunden entstehende
Konkurrenz hinblickt, diesen Bericht einfach un-
erwähnt läßt, obwohl sie den Beschluß des sozial-
demokratischen Parteitag und seine Begründung
im „Vorwärts“ eingehend bespricht und auf die
neuen hier auftauchenden Gefahren hinweist. Von
ihren Freunden im polnischen Lager ist allerdings
die Anerkennung der Thatsache, daß die Ab-
grenzung des deutschen Reichs auch an der Ost-
grenze eine geschichtliche Thatsache ist, und der
unzweideutige Bericht auf die territoriale Ver-
losung der ehemals polnischen Landestheile bis-
her nicht zu haben gewesen.

Wie im Jahre findet auch bei der Marine
alljährlich eine Prüfung über die Schulbildung
der neu eingetretenen Rekruten statt. Nach einer
jeden herausgegebenen Zusammenstellung des
Klassenministeriums über diese Ermittlungen
wurden im Jahre 1892-93 bei sämtlichen
Marineheilen aus dem Königreich Preußen 4980
Mannschaften als Rekruten eingestellt. Von diesen
hatten 4333 Mann als solche bezeichnet worden, die
eine Schulbildung genossen haben, da sie wenigstens
ihren Namen schreiben konnten. Vier konnten sich
in einer fremden Landessprache verständigen,
während 43 Mann ohne jede Schulbildung
waren. Die Zahl entspricht einem Prozentjah von
98, bei der Armee betrug sie nach den letzten
Ermittlungen sogar nur 93. Hier hatten von
108 138 Rekruten 104 306 eine Schulbildung;
2495 waren einer fremden Sprache mächtig,
während 637 Mann als Analphabeten bezeichnet
werden mußten. Die in die Marine eingestellten
Mannschaften ohne jede Schulbildung vertheilt
sich ihrer Geburt nach auf die Provinzen: Preußen
18, Westpreußen 16, Pommern 4, Polen
2, Schleswig-Holstein 1, Hessen-Nassau.

Zu den Steuerplanen hört die „Nord-
deutsche Allgemeine Zeitung“, es werde beabsichtigt,
im Zusammenhang des Reichstempel-
wesens auch einen Stempel von zehn Pfennigen
auf Frachtbriefe einzuführen. Da der Fünftzig-
pfennig-Frachtbriefverkehr frei bleibt, sollen auch
die Eisenbahnfrachtpapiere so weit freigegeben
werden, daß keine Benachtheiligung der Eisenbahn-
fracht gegenüber dem Postverkehr eintritt. Einer
gleichen Behandlung wie die Eisenbahnfrachtbriefe
sollen auch die des Schiffahrtsverkehrs unter-
liegen. Weiter erfährt die „Post“, daß bei der
in Aussicht genommenen Verdoopelung der Posten-
marken eine gewisse Erleichterung für die
Report- sowie für die Vermittlungsgeschäfte der
Provinzialbankiers Platz greifen soll. Die Duit-
tungsteuer soll zehn Pfennige betragen und von
Anwärtungen über 20 Mark, und möglicherweise
auch von Ehes und Giroanweisungen erhoben
werden.

Stuttgart, 2. November. Der Reichstags-
Abgeordnete Bebel, welcher sich augenblicklich hier
beendet, veröffentlicht in der „Südwestdeutschen Tages-
zeitung“ einen von ihm unterzeichneten Artikel, in
dem er, gegen die „Kreuzzeitung“ polemisirend,
hervorhebt, daß er sich allerdings auch gemein-
samer habe; aber er sei dabei vorwortschreitend, da-
gegen jedoch nach rückwärts. Das sei ein jandome-
daler Unterschied. Er wiederhole die Anklage,
daß Miquel vom ehemaligen Revolutionär zum
Verfechter und Begeisterten des neuesten Agrarier-
turns, zum Eicheiserer desselben Umkehrturns
herabgesunken sei, das bis in die neueste Zeit der
Lebenslauf der bürgerlichen Entwicklung war und
noch ist.“ Bebel vertritt ferner, er werde in
seinen Angriffen auf den Finanzminister Miquel,
wenn möglich, weiter fortarbeiten. Wenn etwa
Briele aus seiner (Bebels) Entwicklung ver-
öffentlicht würden, so würde ihm das nur will-
kommen sein.

Strasbourg, Ende Oktober. Neulich hatte
ich Gelegenheit, einen Ausflug in das Gebiet zu
unternemen, in dem vor 1870 kein Wort deutsch
gesprochen wurde. Ich war überrascht über die
fortschritte, die seit der deutschen Sprache ge-
macht hat. Der Verkehr mit den deutschen Be-
wohner, die Einführung der deutschen Sprache als
amtliche Geschäftssprache auch bei den Gemeinden,
die Ableistung des Heeresdienstes im Innern
Deutschlands und vor allen Dingen die S. u. n.
gaben außerordentlich dazu beigetragen, die Kennt-
nis der deutschen Sprache zu verbreiten. Geht
es so weiter wie bisher, so darf man mit Ver-
sicherheit hoffen, daß die deutsche Sprachgrenze
sich immer weiter vorziehen wird. Jedemals läßt
sich behaupten, daß das, was etwa östlich dem Deutsch-
tum verloren gegangen ist, westlich reichlich wieder-
gewonnen wird. Zur allmählichen Germanisation
tragen, wie ich aus verschiedenen Angaben habe
erfahren können, auch die Reisen und der Aufenthalt
des „Aifiers“ im Reichsland bei. Abgesehen viel-
leicht von einigen Theilen des Oberelsaßs besitzt
die große Masse der Bevölkerung einen tief mon-
archischen Zug; selbst die noch vielfach vorhande-
nen Sympathien für Frankreich entspringen nicht
sonnol republikanischer Gesinnung als vielmehr
der Gemeinamkeit der Religion mit dem kathe-
olischen Lande. Höchst förderlich für die Ger-
manisation Vorbringen würde es sein, wenn der
auch vom Kaiser geäußerte Wunsch mehr als bis-
her Erfüllung fände, daß nämlich deutsche Kapi-
talisten lothringische Güter ankaufen möchten, was
dies bereits in beschränktem Maße geschehen ist.
(Wagde, Hg.)

Strasbourg i. Elsaß, 2. November. Der
Staatsanwalt und die Gerichtsbehörde, welche sich
sollt an den Ort begeben hatten, wo der Förster
Rehly aus Klaine bei Schirmeck die beiden Wild-
diebe getödtet hatte, stellten fest, daß der Förster
aus Nothwehr gehandelt hat.

Luxemburg, 30. Oktober. Man sieht hier
mit einer gewissen Spannung der demnachst zu
eröffnenden ordentlichen Kammertagung entgegen,
in der es nicht ohne Parteikämpfe abgehen zu
sollen scheint. Die Wahlen vom vergangenen

Sommer wurden so lebhaft geführt und haben
sobiel gegenseitige Erbitterung zurückgelassen, daß
der damals angeordnete Fünftag sich von selbst
entladen wird. Zwei Gruppen stehen sich gegen-
über: die verbündeten Liberalen und Agrarier
auf der einen, die Liberalen auf der anderen Seite.
Beide Gruppen sind von annähernd gleicher
Stärke. Die Stimmung auf beiden Seiten war
in den letzten Tagungen überwiegend friedlich,
was sich beim Beginn jeder Tagung schon dadurch
kundgab, daß der liberale Abgeordnete Simons
ohne Widerspruch zum Vize-Präsidenten gewählt
wurde. Die liberal-agrarische Partei ist jetzt des
langen Friedens müde und hat beschlossen, dem
Abg. Simons einen eigenen Kandidaten entgegen-
zustellen, und zwar den Abg. Krier, Konvikt-
direktor und Generalabrir der Diözese Luxemburg.
Dadurch soll dem Bischof und der Geistlichkeit
der Dank für die guten Dienste erstattet werden,
die sie bei den jüngsten Wahlen geleistet haben;
zugleich will man sich die wackeren Hühnerstrümp-
fer für fünfjährige Wapfen warm halten. Da der Aus-
fall der Verhandlung von einigen wenigen
Stimmen abhängt, so haben die Führer der
Bauernpartei in den letzten Wochen seine Mühe
gesehen, die unzufriedenen Stimmen auf ihre Seite
zu ziehen. So sollen sie einen Abgeordneten
dazu für sich gewonnen haben, daß sie sich ver-
pflichteten, bei der Regierung die Verlesung eines
ihm persönlich mißliebigen, an und für sich aber
wichtigen und gewissenhaften Vortrags zu er-
wirken. Mit solchen Mitteln wird in Klein-
staaten Politik gemacht. Jedenfalls ist es ein
Zeichen der Zeit, daß ein an der Spitze der
Diözese stehender Geistlicher nunmehr auch an die
Spitze der Volksvertretung kommen soll. Früher
hätte Niemand der Kammer das zu bieten gewagt.

Schweiz.

Am 30. d. M. fand im Zürcher Kantonsrathe
neuerdings eine Beratung über die Einführung
des proportionalen Wahlverfahrens statt. Geleitet
auf ein Initiativbegehren der kantonalen Arbeiter-
vereine verlangte der Präsident die Abänderung der
Verfassung und die Aufnahme eines Artikels in diese,
der erklärt, daß die Kantonsratswahlen nach dem
Grundsatz der Proportionalität stattfinden sollen.
Der Rath entschied sich mit sehr großer Mehrheit
gegen das Initiativbegehren, das nur 28 Stim-
men auf sich vereinigte und das Drittel der Mit-
glieder (65), das nothig gewesen wäre, um jenes
vom Kantonsrat aus zur Abstimmung vor das
Volk zu bringen, bei weitem nicht erreichte. Die
Arbeitervereine werden nun für die Initiative
300 Unterschriften sammeln, die sie leicht zu-
sammensammern. Sie haben aber aus zwei Grün-
den keine Aussicht auf Erfolg: die Stimmung im
Kanton ist gegenwärtig der Sozialdemokraten
ungünstig, und die Kantonsratler sagen nicht genau,
auf welche Weise der Grundsatz der Proportionalität
verwirklicht werden soll.

Belgien.

Brüssel, 1. November. Als der Kampf
um das in Belgien einzuführende Wahlsystem
immer heftiger entbrannte, veranstalteten die
Führer der Fortschrittspartei in der belgischen
Hauptstadt eine Volksbefragung. 60 380 Bürger
erschieden am 26. Februar d. J. an freier Be-
wegung an den Urnen und 56 344 gaben ihre
Stimmen für die Einführung des allgemeinen
Stimmrechts ab. Der Versuch soll am 19.
d. M. in Brüssel erneuert werden, um der Ein-
führung der „Repräsentation proportionelle“
den Weg zu bahnen. Namhafte politische Per-
sönlichkeiten aller Parteien, wie die Ministerial-
Staatsminister Notyomb, De Hauweille, De
Borchgrave, Theodor Renkin, die Doctrinar-
liberalen Ansapud, Helvaert, die Fortschrittler
Geron, Janjon, Vorand, die Sozialisten Volviers,
Banderwilde und Bertrand haben sich vereinigt,
um eine Wahl nach diesem Systeme, das jeder
partei auf Grund ihrer erlangten Stimmenzahl
die verhältnismäßige Zahl Vertreter in den Kan-
tonen, in den Provinzialräthen und Gemein-
derrathen sichert, zu veranstalten. Um die Theil-
nahme der Brüsseler Bürgerchaft für diese Wahl
zu gewinnen, sollen am 10. und 17. d. M. große
Volksversammlungen abgehalten werden, an denen
die Verantwortlichen dieser Wahl deren große Be-
deutung für alle Parteien klar machen wollen. Die
belgische Regierung will die Einführung der
Verbreiter der Winderheiten in Belgien einführen,
wenn sie die Mehrheit der Volksvertretung dafür
gewinnen kann.

Frankreich.

Paris, 2. November. Ein Berichterstatter
des „Temps“ hat mit dem nach Frankreich heim-
kehrenden Lieutenant Wilson eine Unterredung
in Drau gehabt, in welcher Wilson folgende Er-
klärungen machte: Nachdem die Boote der von
Wilson geleiteten wissenschaftlichen und der von
Bourlin geleiteten kaufmännischen Expedition am
25. Oktober v. J. auf dem Venise geschwehert
waren, verließen beide Expeditionen bis zum
10. Juli im Lande Vini und brachen dann nach
Jola auf. Bei Bassama, zwischen Vini und
Jola, traf Wallace, der Generalagent der Royal
Nigercompany, mit den französischen Expeditionen
zusammen und überreichte Wilson abschriftlich die
vom französischen Ministerium des Auswärtigen
dem Marquis of Dufferin überreichten Noten, in
welchen die Mitglieder Wilsons und der Befehl
an seinen Nachfolger im Kommando, Vini zu
räumen und sich nach Jola zu begeben, enthalten
war. Wilson, welcher keine direkte Benach-
richtigung seiner Regierung erhalten hatte, weigerte
sich, die Abschrift dieser Noten als Befehl an-
zuerkennen, und setzte seinen Weg nach Jola fort,
wo er am 19. August ankam. Der Emir von
Jola bereitete ihm einen warmen Empfang und
bestätigte am 25. August den Schutzvertrag, den
ihm Wilson durch eine aus Eingeborenen be-
stehende Expedition vorgelegt hatte, und
welchen der Emir am 22. Juni unterzeichnet
haben soll. Der bestätigte Vertrag wurde von
Wilson und dem Emir dem Generalagenten
der Nigercompany notifizirt. Wallace weigerte
sich aber, denselben anzuerkennen, und
entsandte Truppen, um die französischen Fahr-
zeuge zu beschlagnahmen. Die Franzosen nah-
men zur Vertheidigung eine Stellung ein,
worauf Wallace erklärte, die Frage müsse durch
die betreffenden Regierungen geregelt werden.
Wilson hinterließ nun einen Residenten und einen
militärischen Posten in Jola und fuhr selbst auf
dem Dampfer „Moola“, geleitet von Wallace auf
dem Dampfer „Musa“, am 22. September Strom-
abwärts, während die kaufmännische Expedition
mit dem Dampfer „Malamine“ im Gebiet des

Venise zurückblieb. Die „Moola“ traf am 2.
Oktober in Lokodia ein, die „Musa“ war in-
zwischen, angeblich wegen Havarie, zurückgeblieben
und kehrte trotz eines Wilson schriftlich gegebenen
Versprechens nach Jola zurück, entwarfente die
Mitglieder der kaufmännischen Expedition und
nahm sie auf dem Dampfer „Malamine“ ins
Schlepptau. Bei Lokodia, wo fünf englische
Kanonenboote und Strandbatterien waren, über-
holte die „Musa“ mit der gelaperten „Ma-
lamine“ Wilson. Wallace schickte Wilson und den
Mitglieder seiner Expedition eine Einladung vor
das Friedensgericht. Wilson ließ aber die „Ma-
lamine“ im Stich und kehrte sammt der kaufmänni-
schen Expedition auf der „Moola“ über Lagos
nach Porto Novo zurück. Zum Residenten und
Hüter der französischen Flagge in Jola will
Wilson den Dolmetscher Ahmed mit acht jenezambi-
schen Schachschützen zurückgelassen haben. Der
Emir soll alle Beziehungen mit der Niger-
company abgebrochen und den Zutritt zum
Depot derselben untersagt haben. Die deutsche
Expedition v. Stetten ist durch Jola passirt, wört-
lich: „n'a fait que gasser à Jola“. Sie ist am
23. August mit dem Dampfer „Koula“ der
Nigercompany, der die Mission v. Lechtrig an
Bord hatte, nach Europa abgereist. v. Lechtrig be-
fand sich bei Beginn der Wilsonschen Expedition
sechs Kilometer von Jola internirt und verlangte
die Erlaubnis, nach Tibati zu gehen. — Soweit
Wilson's Erklärung, welche zweifellos von deutscher
und englischer Seite mannigfaltige Nichtigstel-
lungen nach sich ziehen wird.

Paris, 31. Oktober. Das Bündniß, das
geschrieben oder ungeschrieben, zwischen Frankreich
und Rußland besteht, ist angeblich der Friede,
aber die Betrachtungen der hiesigen Blätter über
die Wälfungszweifel beweisen das nicht. Im Gegen-
theil! Man fühlte seinen französischen Stamm
nichtlich angeschwollen und so herrschte denn der
Grundgedanke vor, Italien, das man bisher
immer umschmeichelt und vom Dreieck abzu-
lenken versucht hatte, die durch das Bündniß
zwischen dem Zaren und dem „Peuple-roi“, wie
der „Matin“ sagt, nunmehr erlangte Ueberlegen-
heit nicht zu lassen. Offiziellerseits versicherte
man, daß diese Wälfungsfrage mit der Politik nicht
zu thun habe, aber die Mehrzahl der Pariser
Blätter ist ganz anderer Ansicht. Sie meint, daß
man einem Giebel des Dreieckes möglichst viel
Schwierigkeiten in den Weg legen müsse. Die
Bestimmung, die italienischen Ehegelmungen
Italien zu überweisen, welches diese Beträge in
zehn Tagen in Gold zurückzuführen oder in
Erhaltung dieses Goldes (das es in genügendem
Maße thatsächlich nicht besitzt) ganz niedrige
Zinsen zu zahlen habe, — erscheint unseren
Eganwinsten als eine verdeckte Anleihe, die dem
bankrotten Italien von der französischen, von der
„libre parole“ geradezu als „Hochverräterin“
bezeichneten Regierung großmüthig gewährt wird.
Um anderenfalls zu zeigen, wie reichlich das fran-
zösische Unvernehmen sei, wird darauf hinge-
wiesen, daß das großmüthige Frankreich den
lateinischen Münzvertrag nicht gekündigt habe.
Das erklärt sich aber lediglich aus finanzpolitischen
Gründen. Eine große Zahl von Franzosen be-
wegen italienische Werthe, so daß ein bankrottes
Italien durchaus nicht in deren Interesse liegen
würde. Der hiesige Börsemarkt war absehlend
mit italienischen Papieren überschwemmt; das
läßt sich durch Kronsaat und Doulon und alle
Künste auf die Wangen der russischen Soldatales
nicht so ohne Weiteres ungeschrieben machen.

Man hat zwar noch immer nicht seinen
russisch-französischen Vertrag schwarz auf weiß,
so jetzt das auch in den Blättern behauptet wird,
aber man hat seine „allgemeine Veruhigung“.
Ertragt sich freilich, wie lange sie dauern wird.
Jedenfalls fordert man, um die glückliche Urfach
dieser schonen Wirrung, d. h. die jüngsten russisch-
französischen Friedensverträge zu feiern, von ver-
schiedener Seite politische Amnestien aller Art,
beispielsweise für Nothport, aber auch für die
gemagregelten Geiseln, kurzum für die
heterogenen Elemente. Die Kammer tritt am
24. November zusammen, und die Frage liegt
nahe: wie wird die Erklärung des Ministeriums
ausfallen? und wird Herr Dupuy, der ihm
jeden Namen giebt, jetzt, wo die Parteiverhält-
nisse seit den Wahlen sich verschoben haben,
nicht die Gelegenheit benutzen, um sein Ministerium
zu verjagen, das unter dem veralteten politischen
Stempel der „Konzentration“ das Licht der Welt
erblinnte? Ueber diesen Punkt ist fast ebenso viel
getalacht worden, wie über den anderen, ob der
Präsident der Republik, Carnot, seine Kandidatur
für ein weiteres Septennat anstellen wird. Für
den Augenblick scheint diese Kandidatur eben-
falls, wie Carnots Wiederwahl. Aber man soll
den Tag nicht vor dem Abend loben, zumal in
Frankreich nicht. Auch Maroko macht den Fran-
zosen viel Sorge. Wird sich das spanische Volk
nicht „von seinem Temperament fortzureißen lassen“?
werden die Engländer nicht Tanger besetzen?
Der „Gaulois“ erortert bereits ernstlich die Ein-
mischung Frankreichs. Es scheint, daß das
schwächliche Verhalten Englands in Siam den
Franzosen Mühe macht. Warum sollen sie auch
so thöricht sein, daraus nicht fernrühnigen Augen
zu ziehen, um so mehr, als ihr Vertrauen an
russische Hilfe gewachsen ist und sie sich der
Lösung des Problems, das Mittelmeer in einen
russisch-französischen See zu verwandeln, mehr
und mehr gewachsen fühlen.

Paris, 2. November. Den Zeitungen zu-
folge belief sich der Ertrag der Berensteuer für
die Zeit von Anfang Juni bis Ende September
auf über 2 Millionen Franks; fast die ganze
Summe entfällt auf die Pariser Börse.

Das Generalkomitee der Arbeiterbörse hat alle
Mitglieder, welche der anfänglich des Befunds des
russischen Geschwaders in der Oper stattgehenden
Galavorstellung beigewohnt haben, als unweidlich
ausgeschlossen.

Paris, 2. November. Einem algerischen
Blatte zufolge ist die Expedition gegen die Tuat-
Desen nur mangels eines von der Kammer be-
willigten Kredits suspendirt worden. Ein neuer
Kredit soll bei Eröffnung der Kammer verlangt
werden. Alsdann würden zwei Kolonnen, die eine
gegen die Dase Insalah, die andere gegen Timi-
num marschiren.

seinen und seiner Offiziere Namen die Gefühle
ihrer tiefen Erkenntlichkeit seinen theuren Lands-
leuten zu übermitteln. Ueber Zeit noch Entfer-
nung würde jemals den Eindruck dieses Empfanges
abzuschwächen vermögen.

Im Kohlenbecken des Departements Pas de
Calais ist die Zahl der Vergleute, welche die Ar-
beit wieder aufnehmen, in steter Zunahme be-
griffen. Gegenwärtig arbeiten bereits 30 000
Vergleute, während 13 000 noch streiken.

Paris, 2. November. Der heute stattgehabe
Kongreß des Syndikats der Bergarbeiter-Dele-
girten faßte einen Beschluß zu Gunsten der Fort-
setzung des Streiks.

Spanien und Portugal.

Madrid, 2. November. Nachrichten aus
Melilla zufolge hätte General Macias die maro-
kanischen Zellbeamten und 43 marokkanische Un-
terthanen nach Tanger zurückgeschickt. Das Feuer,
welches seit gestern Morgen andauert, ist überall
eingestellt worden. Diejenigen Araberstämmen,
welche bisher neutral geblieben, sollen beabsichtigen,
sich gegen Spanien zu erklären.

Großbritannien und Irland.

London, 2. November. Von zuverlässiger
Seite wird berichtet, im Ministerium Gladstone
bestehe eine Spaltung, die, anlässlich der Home-
rule-Bill entstanden, bei Wiedervorlage derselben zum
Ausdruck kommen dürfte.

Hier herrscht große Verwirrung über die
Matable-Niederlage. Die Angaben über die Ver-
luste der letzteren schwanken zwischen 500 und
3000. Es sind jedoch gewisse, mit der Situation
vertraute Kreise nicht völlig beruhigt, da Vobenz-
gulas Hauptmacht noch intakt sein soll. Nach
einer Dalziel's Depesche fürsteten in Kapstadt
glaubhafte Nachrichten, daß ein neues Gefecht
stattgefunden hätte und Vobenzgula jenseits Bulawa-
wayo überfallen und geschlagen worden wäre.
Die Kapregierung und die Südafrika-Kompagnie
bieten Alles auf, damit die Metropolitan-Regie-
rung sich nicht in die definitive Regelung des
Matable-Konflikts mische. Die Aktien der Sü-
dafrika-Kompagnie steigen heute erheblich an der
Börse.

Rußland.

Petersburg, 31. Oktober. Neben der be-
kannten Friedensliebe des Zaren sind es in Ruß-
land zwei Umstände, welche selbst die Kriegslustigen
in der Armee nöthigen, vorläufig die Friedens-
schalmei zu blasen: die mangelhafte Ausrüstung
der neuen Gewehre durch die russischen Fabriken
und die, der großen Kosten wegen, nur allmählig
vor sich gehende Schaffung der Reservebrigaden.
Wenn auch bezüglich der Gewehre Frankreich kein
Möglichstes thut, um die schlechte Arbeit der rus-
sischen Fabriken zu ersetzen, so werden doch noch
vielleicht Jahre vergehen, ehe das ganze russische
Kriegsgerät mit den neuen Waffen versehen ist.
Was aber die Reservebrigaden betrifft, so hat
der Kriegsminister Samowost in den letzten
Jahren wahrhaftig Großarbeiten geleistet. Aus den
über ganz Rußland vertheilten Reservebataillonen
sind in den letzten zwei bis drei Jahren, im euro-
päischen Rußland sieben, im Kaukasus zwei
Reserve-Infanterie-Brigaden zu vier Regimentern
mit zwei Bataillonen gebildet worden. Diese
Reserve-Brigaden schließen sich mit ihrer Nummer
an die Infanterie-Divisionen an, da sie im Kriegs-
fall in Infanterie-Divisionen umgewandelt werden
würden. Durch einen solchen organischen Wechsel
sind nun nicht mehr und nicht weniger als 15
Reservebrigaden neugebildet worden, 13 im euro-
päischen Rußland, 2 im Kaukasus, sodas jetzt
allein das europäische Rußland im Kriegsfall
64 Infanterie-Divisionen aufstellen würde. So
werden nach und nach sämtliche verstreut liegen-
den Reserve-Bataillone zu Brigaden vereinigt und
dann die Reservebildung abgeschlossen sein. Die
zu Brigaden zusammengezogenen Reserve-Batal-
lone erhalten ererbten Friedensstand. Bei ihnen
sind nicht etwa, wie oft angenommen wird,
Reserveoffiziere, sondern sie haben genau denselben
Rekrutenersatz wie die Linientruppen. Von den
bisher gebildeten sieben europäischen Reserve-
Brigaden stehen sechs im Grenzgebiet Ueber die
Stanzquartiere der jetzt neugebildeten Reservebrigaden
ist noch nichts bekannt.

Rumänien.

Am 29. v. M. ist, wie gemeldet, der Prinz
Carol, der am 15. Oktober geborene Sohn des
rumänischen Thronfolgers, Prinzen Ferdinand von
Hohenzollern, durch den griechisch-katholischen Me-
tropoliton Ghendae getauft worden. Der junge
Prinz, Sohn eines römisch-katholischen Vaters
und einer protestantischen Mutter, einer Tochter
des Herzogs von Coburg, ist dadurch, wie die
rumänische Staatsverfassung es vorschreibt, der
herrschenden Landesreligion eingeleibt worden. Man
erinnert sich noch der bei Gelegenheit der Trauung
des rumänischen Thronfolgerspaars zu Anfang
dieses Jahres viel erörterten Frage, ob Prinz Fer-
dinand das gewöhnliche Versprechen katholischer
Andererziehung gegeben habe, da die Ehe durch
den Erzbi Welter von Brenton mit besonderer
Feierlichkeit eingetragt wurde. Die ultramontane
Presse behauptete es, sie wolle sogar wissen, das
Brautpaar habe ein gemeinschaftliches, dahin
gehendes Versprechen schriftlich nach dem gefandt.
Die Frage ist jetzt im entgegengesetzten Sinne ent-
schieden worden, wie es freilich von dem Nach-
folger des Königs Karl nicht anders zu erwarten
war. Die „Rev. Volkszeitung“ allerdings begleitet
die Mitteilung von der erfolgten Taufe durch
den Metropoliton des Landes mit der Bemerkung:
„Eine traurige Enttäuschung erlebt die katholische
Welt.“ Die nichtkatholische Welt dagegen dürfte
eine besondere Gesinnung darüber empfinden,
daß gerade ein so gutkatholisches Haus, wie das
hohenzollernsche der Sigmaringer Linie, die Ge-
heße und die Verfassung des Staats über die
ultramontanen Annahmen stellt und die alles
Maß überschreitenden Forderungen des Feinismus
hinichtlich der gemischten Ehen entschieden
zurückweist. Ein solches Auftreten muß in pro-
testantischen Kreisen gerade nach dem kurz zuvor
erlebten schwammigen Benehmen des letzten
Tranians in einer gleichen Angelegenheit desto
angenehmer berühren. Auch der König Karl von
Rumänien hat, als er im Jahre 1868 die pro-
testantische Prinzessin von Vied heirathete, den
Beweis geleistet, daß ein guter Katholik, wenn er
eine gemischte Ehe schließt, wohl die Rechte der
anderen Konfession achten kann. Die Ehe wurde
damals von einem protestantischen Geistlichen ein-
gesegnet und es wurde keinerlei Versprechen
wegen katholischer Aenderung gemacht.

